

Betreff

Dezernat/e

Bericht zum Beschluss

Nr.

vom

Erforderliche Stellungnahmen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
Kämmerei
Frauenbeauftragte nach HGIG
Frauenbeauftragte nach HGO
Sonstiges

Rechtsamt
Umweltamt: Umweltprüfung
Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

Kommission	nicht erforderlich	erforderlich
Ausländerbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Kulturbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Ortsbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Seniorenbeirat	nicht erforderlich	erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich	erforderlich
öffentlich	nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind
keine finanziellen Auswirkungen verbunden
finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

Prognose Zuschussbedarf

HMS-Ampel	rot	grün	abs.: in %:
-----------	-----	------	----------------

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Budget verfügte Ausgaben (Ist)

Investitionscontrolling	Investition	Instandhaltung	abs.:
			in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamt- kosten	...davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperre, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
Summe einmalige Kosten:						
Summe Folgekosten:						

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 750 Zeichen)

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Die fortschreitende Digitalisierung wirkt sich sukzessive auf alle Lebensbereiche in unserer Gesellschaft aus. Städte und Gemeinden müssen und wollen sich dem digitalen Wandel stellen sowie die damit verbundenen Chancen und Potentiale gezielt nutzen. Dabei stehen die Kommunen insbesondere vor der Herausforderung, die Digitalisierung im Sinne einer nachhaltigen, ganzheitlichen und integrierten Stadtentwicklung strategisch sowie am Gemeinwohl orientiert zu gestalten. Die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden hat in diesem Kontext u. a. eine stadtweite Datenstrategie erarbeitet sowie die Voraussetzungen für die Etablierung eines sog. internen Datenraums geschaffen.

C Beschlussvorschlag

- 1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass:
 - 1.1 Im Rahmen der laufenden Förderung Smart City 2.0 durch das Land Hessen wurde eine stadtweite Datenstrategie fachbereichsübergreifend für die Landeshauptstadt Wiesbaden erarbeitet, welche insbesondere den organisatorischen und inhaltlichen Rahmen für den sicheren und effizienten Umgang mit Daten vorgibt sowie kontinuierlich weiterentwickelt wird.
 - 1.2 Die stadtweite Datenstrategie (Stand: Dezember 2025, Anlage 1) vorliegt und fortgeschrieben wird. Die Fortschreibung erfolgt unter Federführung von Dezernat VII/Referat Smart City unter Einbeziehung insbesondere der Ämter für Statistik und Stadtforschung sowie Innovation, Organisation und Digitalisierung.
 - 1.3 Im Rahmen eines europaweiten Vergabeverfahrens ein zentraler Dienstleister für den Auf- und Ausbau eines *internen Datenraums* sowie für den Betrieb der technologischen Plattform ausgewählt wurde. Der *interne Datenraum* wird den sicheren und effizienten Austausch von Daten zwischen kommunalen Akteuren unter Berücksichtigung datenschutz- und informationssicherheits-technischer Aspekte ermöglichen und stellt die Grundlage für das übergeordnete Ziel dar, langfristig eine einheitliche bzw. zentrale Datenbasis („Single-Source-of-Truth“) in der Datenhaltung der LHW zu etablieren.
- 2 Es wird beschlossen:
 - 2.1 In einer Pilotierungsphase die Datenstrategie, die darin entwickelten Handlungsrichtlinien für die Data Governance und das Rollenkonzept zunächst anhand einer Pilotdomäne zu implementieren. Dafür wird der Steuerungskreis bestehend aus Dezernat VII/ Referat für Smart City, Amt für Statistik und Stadtforschung und Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung ins Leben gerufen. In der Pilotierungsphase soll auch die Zusammenarbeit der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe untersucht werden.
 - 2.2 Über den Fortschritt jährlich gegenüber Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

D Begründung

Dezernat VII/Referat Smart City arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung einer nachhaltigen Smart City Wiesbaden. Hierin besteht eine große Chance, Wiesbaden dank digitaler Lösungen noch lebenswerter und zukunftsfähiger zu gestalten. Auf unterschiedlichen Ebenen - von digitalen Bürgerangeboten über Projekte zur nachhaltigen Stadtentwicklung bis zur Förderung des guten Zusammenlebens in Wiesbaden - wird gemeinsam mit relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft schrittweise an konkreten Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung gearbeitet.

Im Rahmen der laufenden Förderung Smart City 2.0 durch das Land Hessen wurde u. a. eine stadtweite Datenstrategie entwickelt. Der öffentliche Datenbestand sowie die Möglichkeiten zur Verwendung der Daten innerhalb und außerhalb der Verwaltung wachsen stetig, gerade vor diesem Hintergrund ist ein strategisches Vorgehen sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit Daten sinnvoll und wichtig.

Grundlegende Problemstellungen für Verwaltungsorganisationen sind in der Praxis u. a.:

- Fehlende Transparenz - es besteht oft kein Überblick über vorhandene Datenbestände in anderen Ämtern, Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften
- Notwendigkeit der latenten Kompensation von bestehenden Schwächen in technologischen Infrastrukturen, u. a. hoher manueller Aufwand, geringer Automatisierungsgrad
- Fehlende standardisierte Schnittstellen - die Interoperabilität und Kompatibilität eingesetzter Komponenten ist häufig nicht im notwendigen Ausprägungsgrad vorhanden
- Dezentrale Datenhaltung - die unterschiedlichen Formate und Verantwortlichkeiten führen u. a. zu Inkonsistenzen, operativem Mehraufwand, mehrfache Datenhaltung an unterschiedlichen Orten sowie fehlender Klarheit über Rollen und Verantwortlichkeiten
- Ressourcenmangel - in der täglichen Praxis bekommt aufgrund bestehender Ressourcenengpässe die Datenpflege oftmals nicht die notwendige Priorität eingeräumt

In diesem Zusammenhang schafft die Datenstrategie maßgebliche Regelungen für einen systematischen Umgang mit Daten hinsichtlich Managements, Schnittstellen, Standards sowie Besitz- und Nutzungsrechten, wie:

Schaffung verbindlicher Governance-Strukturen, Bereitstellung von Ressourcen sowie Budgets, u. a.

- Umsetzung der in der Datenstrategie beschriebenen Data Governance:
 - Etablierung von zentralen Organen: Steuerungsgremium, Koordinationsnetzwerk und Datennetzwerk
 - Etablierung von zentralen Rollen: Datenkoordination, Datenmanagement, Datenverantwortliche, Datenproduzenten- und konsumenten
 - Einbeziehung von bestehenden Rollen in die Data Governance Prozesse: Datenschutz- und IT-Sicherheitsbeauftragter, Open Data Beauftragter
- Festlegungen der beschriebenen Zuständigkeiten, Entscheidungswege und Eskalationspfade
- Bereitstellung von Budgets zur Umsetzung der Datenstrategie-Prinzipien hinsichtlich Infrastrukturkosten, Lizenzkosten, Schulungsbudgets, Beratungsbudgets (Change Management)
- Definition von Regeln und Standards zur Datenverwaltung (z. B. open per default, Freigabeprozesse, Open Data Leitfäden)

Berücksichtigung von rechtlichen und vertraglichen Grundlagen für die Arbeit mit Daten, u. a.

- DSGVO-Konformität, HDSIG / HODaG-Abgleich, DSFA-Pflicht für publikationsrelevante Datensätze
- Standardklauseln in Verträgen mit (externen) Dienstleistern: Exportfähigkeit und Interoperabilität bei Daten, Schutz vor Vendor-Lock-in (keine proprietäre Alleinstellung)
- Nutzung des Lizenzmodell für Open Data

Als ein Element der Datenstrategie schafft der *interne Datenraum* einen Rahmen für die sichere Bereitstellung eines stadtweiten Metadatenkatalogs sowie den Austausch von Verwaltungsdaten. Ein verbindliches Rechte- und Rollenkonzept gewährleistet eine ordnungsgemäße Zugriffssteuerung auf Datensätzen. Der Metadatenkatalog bildet die Grundlagen für eine strukturierte Erfassung und Verwaltung der Daten. Das Zusammenführen und Verarbeiten von sensiblen, schützenswerten oder personenbezogenen Daten bleibt ausschließlich der abgeschotteten Statistikstelle Dezernat VII/Amt für Statistik und Stadtfor-schung vorbehalten.

Der *interne Datenraum* baut, ebenso wie die Open Data Plattform, auf die Open-Source-Datenmanagement-Plattform Piveau auf. Piveau dient dem Aufbau von offenen Datenportalen oder internen Datenmanagementsystemen und ist für Cloud- und Linked-Data-Anwendungen konzipiert. Der Betrieb der technologischen Plattform *interne Datenraum* erfolgt im ersten Schritt über die Open Telekom Cloud (OTC). Nach der Pilotierung des *internen Datenraums* in 2026, wird die Plattform im Laufe des Jahres 2027 zur städtischen IT-Tochtergesellschaft Wivertis GmbH umgezogen. Dieser Schritt hängt vom Umsetzungsgrad der „IT Roadmap“ der Wivertis GmbH ab.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

IV. Öffentlichkeitsarbeit | Bürgerbeteiligung

(Hier sind Informationen über Bürgerbeteiligungen in Projekten einzufügen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden, den 23.12.2025



Koohestanian
Stadträtin